

Kiel, 10.03.2004

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

*TOP 17 – Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung*

**Siegrid Tenor-Alschausky:**

## **Schutz junger Menschen ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

„Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung“, so lautet der Titel des Berichts der Landesregierung, der uns heute zur Beratung vorliegt. Schon der Titel des Berichts impliziert, dass die Verschuldung junger Menschen nicht als vorübergehendes Phänomen betrachtet wird, sondern im Gegenteil konstatiert werden muss, dass die Verschuldung junger Menschen leider zunimmt.

Diese Tatsache bestätigt auch der „Schulden-Kompass-2003“ der SCHUFA. Wie zu erwarten war, wird auch in dieser empirischen Untersuchung festgestellt, dass die Schuldenanfälligkeit junger Menschen mit geringem Wissen über Geld- und Kreditgeschäfte und niedrigem Bildungsniveau am höchsten ist. War in der Vergangenheit für junge Menschen der Kauf eines Autos oder die Einrichtung der ersten Wohnung häufig Anlass, erstmals einen Konsumentenkredit aufzunehmen, d.h. sich zu verschulden, so sind es heute zusätzlich insbesondere auch für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren die steigenden Kosten für die Mobilfunknutzung.

So wird im vorliegenden Bericht der Landesregierung dargestellt, dass die Anzahl der 20- bis 24jährigen, die einen negativen SCHUFA-Eintrag wegen nicht bedienter Bankforderungen haben, seit 1999 leicht rückläufig ist, während sich die Anzahl zahlungsunfähiger Telekommunikationskunden dieser Altersgruppe fast verdreifacht hat, bun-

desweit im Jahr 2002 etwa 280.000 Menschen betroffen waren. Angesichts immer neuer Produkte auf diesem Sektor, verbunden mit aggressiver Werbung, ist ein Anwachsen des Problems in den nächsten Jahren leider zu befürchten.

Was ist zu tun? Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Verschuldung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eltern, Pädagogen und Beratungsstellen müssen sich selbstverständlich des Themas annehmen, aber auch „die Wirtschaft“ darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Wer insbesondere Kindern und Jugendlichen durch entsprechende Werbung suggeriert, nur durch die ständige Nutzung vielfach sehr teurer Mobilfunkangebote nehme man am Leben teil, gehöre dazu, muss auch Verantwortung für die Folgen übernehmen. So begrüßt die SPD-Fraktion ausdrücklich das Engagement der 14 Wirtschaftsunternehmen, die sich an den Kosten des Kieler DRK-Infocenters „Fit for money“ beteiligen.

Hilfreich wäre es vor allem, wenn Unternehmen, die Produkte in diesen für Kinder und Jugendliche besonders attraktiven Segmenten anbieten, nicht nur auf Marketing-Strategien setzten, die das Lebensgefühl junger Menschen treffen und beeinflussen, sondern einer ehrlichen Produktinformation mit deutlichen Aussagen auch über Folgekosten den Vorzug gäben.

Leider bin ich mir sicher, dass ein solches erstrebenswertes Verhalten in naher Zukunft nicht zur selbstverständlichen Realität werden wird. Hier wäre eine entsprechende freiwillige Vereinbarung der Anbieter wünschenswert, anderenfalls müssen gesetzgeberische Initiativen zum Schutz junger Menschen ergriffen werden. Die Profitmaximierung einzelner Unternehmen darf nicht Vorrang haben vor dem Anspruch junger Menschen, den Start in ihr „Erwachsenendasein“ ohne Schuldenberg zu beginnen.

Aber auch kurzfristig muss dem Problem begegnet werden. Kinder und Jugendliche müssen über die Fallstricke informiert werden, die für sie den Einstieg in die Verschuldung bedeuten können.

Die hohe Bedeutung, die meine Fraktion der Hilfe für Menschen mit Schuldenproblemen beimisst, wird auch daran deutlich, dass wir mit dem Landeshaushalt 2004/2005 die Mittel für die Schuldnerberatung erneut erhöht haben. Allein aus Landesmitteln stehen in diesem Jahr über drei Millionen Euro zur Verfügung, im kommenden Jahr werden es 3,3 Millionen Euro sein.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die im uns vorliegenden Bericht dargestellten Beratungs- und vor allem Präventionsangebote. Die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen ist erforderlich; besser wäre es allerdings, man könnte durch präventive Angebote insbesondere junge Menschen so rechtzeitig erreichen und informieren, dass für sie eine Beratung wegen Verschuldung nicht erforderlich ist. Die Koordinierungsstelle Schuldnerberatung Schleswig-Holstein hat hier mit der von ihr entwickelten Handreichung für Präventionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler des 9. Jahrgangs den richtigen Weg beschritten.

Neben dem schon erwähnten DRK-Infocenter „Fit for money“, das insbesondere am Standort Kiel tätig wird, soll hier auch des Kooperationsprojekt „Schuldenprävention an Schulen“ der Verbraucherzentrale und des Vereins „Hilfe für Gefährdete“ gewürdigt werden. Neben der Entwicklung und Durchführung entsprechender Unterrichtseinheiten ist hier besonders die Erarbeitung der Broschüre „Was kostet die Welt?“ zu erwähnen. Auch neue Medien werden sinnvoll eingesetzt.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, auf die – wie ich finde – ansprechende Homepage [www.schuldenpraevention-s-h.de](http://www.schuldenpraevention-s-h.de) hinweisen. Dies ist ein gelungenes Angebot, das Jugendliche anspricht, weil es nicht belehrend mit erhobenem Zeigefinger

daher kommt, sondern Probleme benennt, die im Alltag Jugendlicher im Umgang mit Geldangelegenheiten auftreten können, und möglicherweise drohende Risiken deutlich und dabei lösungsorientiert benennt.

Lassen Sie mich zum Schluss der Landesregierung im Namen der SPD-Fraktion für den vorgelegten Bericht danken. Insbesondere unterstützen wir die Absicht, die präventive Ausrichtung der Schuldnerberatung auch zukünftig qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln.